



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Nachhaltig lukrativ?

Die Geschäfte mit den Rohstoffen



Foto: Paolo Aguilera epa efe

Keine Pflanzen, keine Tiere, vergiftete Böden: Folgen des Kupferabbaus in Peru

Am 14. Juli 2014 haben die Regierungen von Peru und Deutschland ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich geschlossen. Das Abkommen „regelt die Zusammenarbeit der Vertragsparteien auf dem Gebiet der Erkundung, Erschließung, Gewinnung, Verarbeitung und Nutzung mineralischer Rohstoffe, die umweltgerechte Stilllegung von Bergwerken und Rekultivierung von Bergwerksregionen sowie die Zusammenarbeit im Industrie- und Techno-

logiebereich nach Maßgabe der jeweiligen innerstaatlichen Rechtsvorschriften“ (Artikel 1, Absatz 1).

Durch dieses Abkommen rückt die Bedeutung Perus als Rohstofflieferant für Deutschland stärker ins Licht der Öffentlichkeit. Kaum jemand dürfte wissen, dass Peru über die größten bekannten Silberreserven weltweit verfügt, bei Kupfer und Zink auf Platz drei, bei Blei auf Platz vier und bei Zinn auf Platz fünf rangiert. Für die Wirtschaft des rohstoffarmen Deutsch-

land ist Peru schon länger ein wichtiger Partner, so kommen rund 60 Prozent der Silber- und 24 Prozent der Zinn- und Kupferimporte aus dem südamerikanischen Land.

Globales Wettrennen

Mit dem aktuellen Abkommen hat Deutschland im globalen Wettrennen um wichtige Bodenschätze ein paar Meter gutgemacht. Insofern passt es in die 2010 verabschiedete

→ weiter auf [Seite 3](#)



Foto: Welthungerhilfe

Das Land kommt nicht zur Ruhe

Katastrophe im Südsudan verhindern

→ [Seite 5](#)



Foto: Ch. Koch

Die Perspektive wechseln

Auslandserfahrung der besonderen Art

→ [Seite 6](#)



Foto: Dr. A. Pantley

Jubiläum mit Schönheitsfehlern

Zehn Jahre Nationalpark Eifel

→ [Seite 8](#)

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

nur wenige Projekte, die unsere Stiftung in den vergangenen Jahren gefördert hat, beschäftigten sich mit den Verhältnissen im Irak, etwa mit den Veränderungen im natürlichen Wasserhaushalt durch Staudämme am Oberlauf von Euphrat und Tigris oder mit den Folgen des Einsatzes von Uranmunition. Angesichts der aktuellen Katastrophe im Irak und in Syrien engagieren sich zwar die großen Hilfsbündnisse bei der Versorgung der Flüchtlinge, aber die politischen Herausforderungen machen einmal mehr viele Nichtregierungsorganisationen rat- und sprachlos.

Zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe der Resultate diskutieren Politik und Öffentlichkeit, wie die Kurden und Zigtausende Flüchtlinge im Nordirak gegen die Mordbrennerbanden des „Islamischen Staates“ unterstützt werden können. Mittlerweile zeichnet sich ab, dass die Bundesregierung auch militärische Ausrüstung und Waffen liefern wird.

In Deutschland gilt ein Verbot der Lieferung von Waffen in Kriegs- und Krisengebiete, aber Ausnahmen sind möglich, wenn „besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen“ dies erfordern. Das ist sicherlich keine besonders klare Bestimmung. Es ist hier jedoch nicht der Platz, um die rechtlichen Voraussetzungen und Grenzen solcher Waffenlieferungen zu erörtern.

Die Frage berührt aber ein Paradigma der deutschen Politik. „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ war ein Slogan unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg, in dem die Schlussfolgerungen aus der Nazi-Diktatur und den Verheerungen des von ihr begonnenen Krieges und ihrer völkermörderischen Praxis zusammengefasst werden sollten. Schon die Wiederbewaffnung nach dem Koreakrieg von 1950 bis 1953 und die Einbeziehung der jungen Bundesrepublik in die NATO war da ein Tabubruch. Bundesdeutsches militärisches Engagement galt bis Ende der 1980er-Jahre nur im NATO-Gebiet als rechtmäßig. Die rechtlichen Auseinandersetzungen um Einsätze außerhalb des NATO-Gebietes endeten erst 1994 mit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Danach kann die Bundeswehr auch in solchen Fällen mit Zustimmung des Bundestages und unter bestimmten weiteren Voraussetzungen eingesetzt werden.

Die Parole „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ schließt jedoch ein Dilemma ein:



Die 40 Jahre alten «Milan»-Raketen können Panzer und gepanzerte Fahrzeuge in einer Entfernung bis fast zwei Kilometern zerstören.

Foto: K. Schneider/Bundeswehr/dpa

Der Nationalsozialismus wurde in Deutschland nicht durch eine Revolution besiegt und schon gar nicht durch gewaltfreien Widerstand, sondern durch den Sieg der Anti-Hitler-Koalition im 2. Weltkrieg mit vielen Millionen Opfern eben dieser Koalitionäre. Ohne diesen Sieg hätte der Nationalsozialismus seine Herrschaft über Europa gefestigt und zudem über manche andere Weltgegend errichtet.

Mittlerweile gibt es einen umfangreichen Diskurs, wie viel internationale Verantwortung Deutschland heute übernehmen müsse, angesichts zahlreicher Konflikte, systematischer Menschenrechtsverletzungen, von Bürgerkriegen und völkermörderischen Kampagnen. Viele Stimmen bis hin zum Bundespräsidenten vertreten, dass die praktizierte „Zurückhaltung“ gegenüber derartigen Herausforderungen nicht mehr verantwortet werden kann. Sie können sich auf die „responsibility to protect“ berufen, die die UN 2005 nach jahrelangen Debatten beschlossen haben. Mit ihr wird das bisherige Verständnis der nationalen Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates relativiert.

Die Gegenstimmen halten diese Position eher für einen Vorwand zur Durchsetzung der Interessen des amerikanischen Imperiums und seiner Verbündeten. Sie können ihre Argumentation stützen etwa durch Hinweis auf die hinter dem zweiten Golfkrieg stehenden Absichten der amerikanischen Administration und die nach Besetzung des Irak von 2003 bis 2011 durch die Koalition begangenen Kriegsverbrechen, die Helikopterjagden auf Zivilisten

und Folterungen im Gefängnis von Abu Ghraib.

Die Debatte berührt aber – jenseits der unterschiedlichen Einschätzung der internationalen Lage – die Frage unserer Wertorientierung. Gesinnungsethik oder Verantwortungsethik? Darf man um des Prinzips der Nichteinmischung oder der Verweigerung von Waffen oder militärischer Unterstützung willen die Bevölkerung im Nordirak ihrem Schicksal überlassen? Ich finde, nein. Wenn wir unsere Schutzverpflichtung ernst nehmen, müssen wir feststellen, dass die IS-Banden nur mit militärischen Mitteln gestoppt werden können.

Der nicaraguanische Priester und sandinistische Freiheitskämpfer Ernesto Cardenal hat zu dieser Frage 1980 in seiner Dankesrede für die Verleihung des Friedenspreises (!) des Deutschen Buchhandels u. a. folgendes gesagt: „Ein nordamerikanischer Jesuit, der ein Freund von mir und einer dieser kompromisslosen Pazifisten ist, schrieb mir einen offenen Brief, in dem er meine Verteidigung des sandinistischen Kampfes verurteilt und mir sagt, kein noch so hohes Prinzip wiege so viel wie das Leben eines einzigen Kindes. Ich habe ihm geantwortet, damit sei ich vollkommen einverstanden, die Sandinisten kämpften für das Leben von Tausenden von Männern und Frauen, Alten und Kindern, die Tag für Tag ermordet werden, und kein noch so hohes Prinzip, nicht einmal das des kompromisslosen Pazifismus, wiege so viel wie das Leben eines einzigen dieser Kinder.“

Ich finde, er hat Recht, auch wenn die Geschichte des sandinistischen Nicaragua eher traurig weitergegangen ist.

Es grüßt Sie
Ihr Eberhard Neugebohm

Nachhaltig lukrativ?

→ Fortsetzung von Seite 1

deutsche Rohstoffstrategie, die ausdrücklich solche vertraglichen Vereinbarungen mit wichtigen Rohstofflieferanten vorsieht. Dabei steht Deutschland in heftiger Konkurrenz insbesondere zu China, das bereits 2009 ein Freihandelsabkommen mit Peru abgeschlossen hat und seit 2011 dessen größter Handelspartner ist – Tendenz steigend. Ebenfalls im Interesse der Bundesregierung dürften die wachsenden Absatzmöglichkeiten deutscher Firmen in der peruanischen Bergbaubranche liegen. So bescherte der Verkauf von Bau- und Bergbaumaschinen nach Peru, laut einer aktuellen Studie der Agentur „Germany Trade and Invest“, deutschen Unternehmen 2013 dreistellige Millionenumsätze.

Scharfe Kritik gegen das Abkommen kommt vor allem von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland. Schon lange seien schwere Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung im peruanischen Bergbaubereich an der Tagesordnung, berichtet Amnesty International. Immer wieder gingen Sicherheitskräfte brutal gegen Aktivisten vor, die sich gegen Bergbauprojekte engagieren. Besonders schlimm war es im Juni 2009, als indigene Gruppen in Bagua gegen den Verlust ihrer Lebensgrundlagen durch den Bergbau demonstrierten: 33 Menschen wurden getötet und mindestens 205 Personen schwer verletzt. Daher müsse „auf die Unterzeichnung des deutsch-peruanischen Rohstoffabkommens nun die Ratifizierung der ILO-Konvention 169 über die Rechte der indigenen Völker durch



ILO-Konvention 169 – Rechte der indigenen Völker

Laut UNO zählen rund 400 Millionen Menschen in 70 Ländern zu den indigenen Völkern. Zu deren Schutz gibt es zwei zentrale internationale Vereinbarungen: Die 2007 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete Erklärung über die Rechte der indigenen Völker und die 1989 überarbeitete Konvention 169 über die Rechte der indigenen Völker der International Labour Organization (ILO). ILO 169 ist die bislang einzige internationale Norm, die den Ureinwohnern rechtsverbindlichen Schutz und Anspruch auf zentrale Grundrechte garantiert. Die Vereinbarung gibt den indigenen Völkern weitreichende Mitspracherechte bei allen Angelegenheiten, die ihr traditionell angestammtes Land betreffen. Die ILO-Konvention 169 wurde bis heute weltweit von 22 Staaten ratifiziert, darunter auch Spanien, Dänemark, Norwegen und die Niederlande. Für diese Länder ist die Konvention völkerrechtlich verbindlich. Die Konvention enthält auch extraterritoriale Staatenpflichten, die etwa deutsche Unternehmen dazu verpflichten würden, bei ihren Aktivitäten im Ausland die in der Konvention festgeschriebenen Indigenenrechte zu respektieren. Deutschland hat ILO 169 bislang nicht unterzeichnet – aus Sorge um mögliche Wettbewerbsnachteile deutscher Firmen im Ausland und aus der Furcht, dass sich Bevölkerungsgruppen wie Sorben, Roma oder auch Friesen als indigene Völker verstehen und aus der ILO-Konvention 169 zusätzliche Rechte für sich herleiten könnten. www.ilo.org

Deutschland folgen“, so Maja Liebing, Lateinamerika-Expertin bei Amnesty International Deutschland.

Für das katholische Hilfswerk Misereor kam die Unterzeichnung der Rohstoffpartnerschaft zu einem Zeitpunkt, „wo die peruanische Regierung gerade ein großes Gesetzespaket auf den Weg gebracht hat, das die ohnehin schwache Regulierung des Rohstoffsektors weiter aufweicht“. Mit der Unterzeichnung des Rohstoffabkommens sende die Bundesregierung ein Signal an die peruanische Regierung, das einer Ausweitung des Rohstoffsektors Vorrang gebe vor der dringenden Regulierung. Susanne Friess, Misereor-Expertin für Bergbau in Lateinamerika, befürchtet daher „eine Verschärfung der sozialen Konflikte rund um die Bergbauprojekte sowie eine Zunahme der gefährlichen Abhängigkeit Perus vom globalen Rohstoffhandel“. Misereor hat Ende 2013 eine umfangreiche Studie zu den Menschenrechtsverletzungen im peruanischen Rohstoffsektor und der deutschen Mitverantwortung veröffentlicht.

Zauberformel EITI

Liest man im deutsch-peruanischen Rohstoffabkommen weiter, findet sich ein interessanter Hinweis. In Artikel 1, Absatz 4 heißt es: „Die Vertragsparteien unterstützen die Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft (Extractive Industries Transparency Initiative – EITI) zu mehr Transparenz im Rohstoffsektor.“

EITI ist eine globale Initiative für mehr Finanztransparenz und Rechenschaftspflicht im Rohstoffsektor und wurde 2003 vor allem gegründet, um die verbreitete Korruption in rohstoffreichen Entwicklungs- und Schwellenländern einzudämmen. Schließlich leben über drei Milliarden Menschen in Ländern, die reich an Öl, Gas, Diamanten oder Edelmetallen sind – doch die wenigsten profitieren davon. Initiatoren von EITI waren unter anderen der damalige britische Premierminister Tony Blair und Peter Eigen, Gründer des Antikorruptionsnetzwerks Transparency International. Die Mitglieder der Initiative verpflichten sich, Informationen über Zahlungen der rohstoffgewinnenden Unternehmen und entsprechende Einnahmen des Staates transparent und öffentlich zugänglich zu machen. Der im Juli 2013 veröffentlichte EITI-Standard (<http://eiti.org>) fordert darüber hinaus auch eine verstärkte Transparenz über andere Bereiche der Rohstoffgewinnung, etwa Lizenzvergaben, Rahmenbedingungen und Eigentümerstrukturen. Gesteuert und überwacht wird EITI von einem internationalen Sekretariat mit Sitz in Oslo.

Deutschland bereitet EITI-Kandidatur vor

Bis Juli 2014 hat EITI die Unterstützung von weltweit 44 Ländern – darunter auch die USA – sowie zahlreichen Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen gewonnen. Großbritannien, Frankreich und Italien bereiten derzeit

→ weiter auf Seite 4

Nachhaltig lukrativ?

→ Fortsetzung von Seite 3

ihre Kandidaturen vor, und auch die Bundesregierung hat im Juli dieses Jahres beschlossen, die vollständige Umsetzung von EITI einzuleiten. „Mit diesem Schritt sollen weitere Länder ermutigt werden, sich mit Vorbildfunktion und Marktmacht in die internationale Transparenzagenda einzubringen“, heißt es dazu in einer Presseerklärung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi).

Uwe Beckmeyer, Parlamentarischer Staatssekretär beim BMWi, wurde als EITI-Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die Umsetzung in Deutschland benannt. Zudem will die Bundesregierung im Herbst 2014 eine Multi-Stakeholder-Gruppe einrichten – ein paritätisch besetztes Gremium mit Vertretern aus Regierung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Dieses Gremium soll EITI in Deutschland gestalten und steuern. Nach einer Annahme der deutschen Kandidatur durch den internationalen

EITI-Vorstand muss Deutschland innerhalb von 18 Monaten seinen ersten EITI-Bericht vorlegen und überprüfen lassen.

Zahnloser Tiger?

Wegen des Prinzips der Freiwilligkeit und fehlender Sanktionsmöglichkeiten wird EITI immer wieder vorgeworfen, ein zahnloser Tiger zu sein. So hat die Heinrich-Böll-Stiftung EITI in einer Studie zur deutschen Rohstoffstrategie kritisiert. Das Abkommen trete seit Jahren auf der Stelle, es gebe erheblichen Evaluierungs- und Weiterentwicklungsbedarf, etwa bei der Transparenz von Verträgen. Dass die Wirksamkeit des Abkommens nicht leicht zu messen ist, hat auch EITI-Generalsekretär Jonas Moberg im Juli 2013 in einem Interview für die Tageszeitung „neues deutschland“ eingeräumt: „Wie sollen wir messen, ob bei der armen Bevölke-

rung in Ländern mit schwacher Regierung mehr ankommt als vorher? Wird hier oder da nachhaltiger gewirtschaftet? Ist das auf EITI zurückzuführen oder nicht? Am ehesten lässt sich sagen, dass diese oder jene Reform etwas beigetragen haben könnte – aber kausale Zusammenhänge zu belegen, ist kaum möglich.“

Auch EITI-Mitbegründer Peter Eigen betonte bereits 2009 bei einer Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, dass mit der Veröffentlichung der aus der Rohstoffgewinnung resultierenden Finanzströme alleine nichts erreicht werde. Sie seien jedoch eine gute Grundlage für die politisch Verantwortlichen, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Das sind sie ohne Frage, doch dazu bedarf es des Willens zum politischen Handeln – und einer wachsenden Zivilgesellschaft, die darauf achtet, dass sich EITI weiterentwickelt.



Foto: Susanne Friess/Misereor

In Oroya (Peru) verursacht eine große Schmelzhütte gesundheitsschädliche Bleikonzentrationen in der Luft.

Das Land kommt nicht zur Ruhe

Die Welthungerhilfe will eine humanitäre Katastrophe im Südsudan verhindern

Als der Südsudan am 11. Juni 2011 unabhängig wurde, war die Hoffnung auf Frieden groß. Nach mehr als zwei Jahrzehnten der Kämpfe zwischen dem arabisch dominierten Norden und den christlich-schwarzafrikanischen Bewohnern des Südens mit mehr als zwei Millionen Toten sollte das Blutvergießen ein Ende haben. Und zunächst sah es auch nach einer positiven Zukunft aus: Die Hauptstadt Juba begann aufzublühen, die reichen Ölvorkommen (für deren Durchleitung zu den Frachthäfen der Südsudan jährlich rund 370 Millionen Dollar an den Norden zahlen muss) machten das Land für ausländische Investoren interessant.

Doch im Sommer 2013 brachen ethnische Konflikte im Südsudan aus, als Präsident Salva Kiir seinen Stellvertreter Riek Machar entließ. Beide sind zwar Mitglieder der Einheitspartei SPLM (Sudanese People's Liberation Movement), aber Kiir gehört zu den Dinka, dem größten Volksstamm im Südsudan, Machar hingegen zu den Nuern, der zweitgrößten ethnischen Gruppe. Spätestens nach Parlamentstumulten im Dezember 2013 herrscht Chaos im Land, bekämpft eine Allianz aus Nuern und abtrünnigen Armeeangehörigen die herrschenden Dinka. Die Bauern können ihre Felder nicht bestellen, die Ernte fällt aus – es droht eine Hungersnot im Südsudan, nach UN-Prognosen die „schlimmste Nahrungsmittelkrise der Welt“. Die Welthungerhilfe ist an zwei Standorten im Südsudan präsent und will mit einer intensiven Kampagne die Katastrophe noch abwenden. Bernd Pieper sprach mit Jörg Heinrich, Regionalgruppenleiter Ostafrika und südliches Afrika bei der Welthungerhilfe, über die Situation im Südsudan.



Jörg Heinrich



Mehr als 18.000 Menschen suchen im UNMISS-Camp in Malakal Schutz vor den Konflikten im Südsudan. UNMISS steht für United Nations Mission in the Republic of South Sudan.

Resultate: Wenn wir jetzt nicht handeln, werden Ende September 3,7 Millionen Menschen im Südsudan hungern. Warum ist das Zeitfenster so knapp?

Heinrich: Dann werden die letzten Vorräte aufgebraucht sein. Außerdem ist die Hilfe in der Regenzeit extrem schwierig in einem Land, das fast doppelt so groß wie Deutschland ist, aber nur rund 150 Kilometer asphaltierte Straßen hat. Wenn durch den Regen die Landepisten aufweichen, bleiben nur noch Hubschrauber oder Air Dropping, also der Abwurf von Lebensmitteln.

Was ist der Grund dafür, dass die Euphorie nach der Staatsgründung nicht lange anhält?

Es gibt sicher mehrere Gründe. Die ethnischen Konflikte wurden unterschätzt, zudem flohen nach 2011 viele Menschen aus dem Norden in eine Region, die sie nicht kannten, wo sie keine Arbeit fanden und sich bis heute fremd fühlen. Es ist auch nicht alleine eine Auseinandersetzung zwischen Dinka und Nuern, in vielen Bundesstaaten brechen unterschiedliche Streitigkeiten auf, die einerseits ethnisch bedingt, andererseits auch auf unzureichende Ressourcen zurückzuführen sind.

Keine einfache Situation ...

In der Tat. Und das Land kommt nicht zur Ruhe. Schulen werden aufgebaut, die Kinder haben ein Dach über dem Kopf – und dann müssen sie fliehen. Die Regenzeit war gut, die Bauern säen – und dann kommt es zu Kampfhandlungen. Ohne langfristige Stabilität wird es schwierig, zumal das Bildungsniveau auf einem sehr niedrigen Stand ist.

Was macht die Welthungerhilfe im Südsudan?

Wir bauen Notunterkünfte, sorgen für sauberes Wasser und ein Minimum an Hygiene, um den Ausbruch von Seuchen zu verhindern. An besonders Bedürftige und Bewohner von Camps verteilen wir Nahrungsmittel. In einem zweiten Schritt versuchen wir, den Menschen mehr Eigenverantwortung zu übertragen, damit sie für künftige Katastrophen besser gewappnet sind – Stichwort Resilienz. Um nach der Nothilfesituation eine dauerhafte Grundlage für Frieden zu stärken, möchten wir das Konfliktmanagement unterstützen.

Was heißt das?

Ein Beispiel: Es gibt im Südsudan viele Rinderherden, die durch das Land zu den Weiden getrieben werden. Wenn entlang der Wanderrouten immer wieder Konflikte auftreten – etwa zwischen Getreidebauern und Viehnomaden um Wasser – holen wir die beteiligten Parteien mit Hilfe von Einheimischen an einen Tisch und unterstützen sie bei der vereinbarten Lösung, zum Beispiel durch Bohren eines Brunnens. Das funktioniert – nicht immer, aber häufig genug.

Ist die Katastrophe noch zu verhindern?

Das hängt vor allem davon ab, ob sich die verfeindeten Parteien zu einem langfristigen Waffenstillstand durchringen können. Falls die Neuwahlen 2015 tatsächlich stattfinden, sauber über die Bühne gehen und die Regierung mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft weit mehr als bislang in Gesundheit, Infrastruktur und vor allem Bildung investiert, besteht Anlass zu vorsichtiger Hoffnung.

Die Perspektive wechseln

Auslandserfahrung der besonderen Art

Von Jörg Hilgers



Ernteeinsatz in Uganda

Managerseminare zum „Führen mit Werten“ haben Hochkonjunktur. Seit unser Wirtschafts- und Wohlstandsmodell im Zuge der Krisen ab dem Jahr 2008 kritischer gesehen wird, wird viel über Werteorientierung gesprochen. Auch in der Politik geht es um Werte. Das Nebeneinander von Orientierungen – hier Wachstum, dort Nachhaltigkeit – wird bereits im Politikfeld Wirtschaft deutlich. Im Bereich Entwicklung verfolgen CDU, CSU und SPD laut Koalitionsvertrag „auf der Grundlage unserer Werte und Interes-

„Es mangelt an den simpelsten Dingen: Gesicherte Wasserversorgung, Viehfutter, Transportmöglichkeiten, einfache Medikamente. Auf der gut eineinhalb Hektar großen Farm der Malamas merkt man schnell, wohin das aus Kleinstverkäufen und den Gelegenheitsjobs der Familie gewonnene Geld fließt: In die absoluten Grundbedürfnisse der Familie, den Lohn des Hilfsarbeiters, das Schulgeld und die Versorgung der wenigen Tiere.“

Ulrich Kelber, MdB
EDP-Teilnehmer in Sambia

sen“ zahlreiche Ziele, die Werteorientierungen darstellen: Armut, Hunger, Ungerechtigkeit und die Zerstörung von Lebensgrundlagen bekämpfen, Menschenrechte verwirklichen, eine sozial und ökologisch ausgerichtete Marktwirtschaft aufbauen, gute Regierungsführung und die Mitwirkung der Zivilgesellschaft fördern – und einige mehr. Auch den Forderungen des entwicklungspolitischen Dachverbands VENRO zur neuen globalen Entwicklungsagenda nach 2015 liegen Be-Wertungen zugrunde.

Wie aber kommen Verantwortliche in Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu ihrer handlungsbestimmenden Werteorientierung? Und wie können solche Personen ihre berufsbedingten Wertekataloge reflektieren, womöglich modifizieren, um zu vorrangigen Handlungsoptionen zu gelangen?

Fest steht: Auf der Basis pränataler und frühkindlicher Prägungen bestimmen besonders das Herkunftsmilieu und der eigene soziokulturelle Hintergrund, welche Werte Menschen leben. „Wir [können] unsere Wertbindungen nicht plausibel machen und nicht verteidigen ..., ohne Geschichten zu erzählen –

Geschichten über die Erfahrungen, aus denen unsere Bindungen erwachsen, Geschichten über Erfahrungen anderer Menschen oder über die Folgen, die eine Verletzung unserer Werte in der Vergangenheit hatte,“ sagt der Sozialwissenschaftler Hans Joas. Werteorientierungen entstehen durch (Lebens-) Erfahrung. Sie sind Teil unserer mentalen Landkarte und unserer Identität. Auch der von Führungskräften. Will man eine Politik der globalen Verantwortung betreiben, müssen Entscheider konkret erfahren können, unter welchen soziokulturellen und ökonomischen Situationen Menschen vor Ort leben. In welche Prozesse sie eingebunden sind und vor welchen Entwicklungserfordernissen sie stehen.

Exposure: Sich dem Fremden aussetzen

Seit fast dreißig Jahren können Führungskräfte in Exposure- und Dialogprogrammen (EDP) einige Tage die Rolle des Entscheiders gegen die des Lernenden tauschen und so ihre Werteorientierungen reflektieren. Sie lernen Menschen kennen, die unter ganz anderen Bedingungen ihr Leben gestalten. Sie begegnen Menschen in armen Weltregionen, leben und

„Wie wichtig die Gesundheit für die Leistungsträger in einer solchen Familie ist, ohne eine Kranken- und Rentenversicherung, wird sofort deutlich. Der 18-jährige Sohn liegt mit einem Malaria Schub im Krankenhaus. Mütter und Kinder leiden angesichts der Essenszubereitung in den kaminlosen, verräucherten Kochhütten an Bronchitis und Asthma. Auch Aids ist in dieser Region, in der 19 Jahre Krieg herrschte, ein hochaktuelles Thema. Unsere Gastmutter (40) ist mit ihren Kräften am Ende. Sie muss die Felder bewirtschaften, Schulgeld für zwei ihrer Kinder verdienen und die steigenden Krankenkosten aufbringen. Hilfe bringen da vor allem kleine, sehr praktische Investitionen, wie der Wassertank, der Regenwasser vom Dach auffängt und ihr Zeit beim Wasserholen spart, oder Energieeffizienzöfen mit Rauchabzug, die 90 Prozent Holz sparen und den gesundheitsgefährdenden Rauch ableiten.“

Bärbel Höhn, MdB
EDP-Teilnehmerin in Uganda

übernachten bei ihnen, arbeiten gemeinsam mit ihren Gastgebern auf dem Feld, im Familienhaushalt oder im Kiosk an der Dorfstraße. Sie setzen sich der Lebensrealität vor Ort aus, erleben den Alltag und sehen mit eigenen Augen, unter welchen Bedingungen sich im Gemeinwesen Entwicklung vollzieht. Durch den fachlichen Austausch mit anderen Führungskräften und einheimischen Experten können sie verstehen, wie zum Beispiel bäuerliche Familien ein besseres Leben für sich und ihre Kinder erarbeiten und welche Hemmnisse oder Chancen dabei eine Rolle spielen.

Zersplitterte Anbauflächen, immer unkalulierbarer werdende Regenfälle aufgrund klimatischer Veränderungen, aber keine Ernterausfallversicherung; vielleicht ein Ochsenpflug für ein ganzes Dorf, kein Strom, allenfalls ein Moped, dazu einige Hundert Meter Entfernung bis zum Brunnen und viele Kilometer bis zur nächsten Gesundheitsstation – tiefe Einblicke in die konkreten Lebensumstände verdeutlichen die Faktoren von Einkommensarmut und mangelhafter Infrastruktur. In den Begegnungen erleben die Exposure-Gäste aber

„Tailosi und seine Familie sind abhängig von Wetter, Klima, Krankheit und Unternehmensstrategien. Auch von politischen Entscheidungen. Aber Politik, so hat man den Eindruck, ist weit weg. Als ‚lead farmer‘ der Baumwollgesellschaft ist er anerkannt und gibt sein Wissen an andere Baumwollbauern weiter. Wann wird gesät, wann gedüngt, wie viel und, vor allem, wie? Rituale und Konventionen sind ihm wichtig. Das Rollenmodell wird in der Familie eingehalten: Die Frauen bekochen die Männer, gegessen wird getrennt. Wenn nur ein Stuhl da ist, darf der Mann sitzen, die Frau nimmt auf dem Boden Platz. Abräumen und abwaschen ist Frauensache. Auch beim Besuch der Ortsvorsteherin klinkt sich seine Frau erst spät, aber selbstbewusst ins Gespräch ein. Trotz dieser Konventionen hat man den Eindruck: Das Ehepaar ist ein Team, beide schätzen sich sehr. Sie sind stolz auf das, was sie sich erarbeitet haben. Ihr Haus, ihr Leben und vor allem: ihre große Familie.“

Nadine Schön, MdB
EDP-Teilnehmerin in Malawi



Hilfe beim Schälen von getrockneten Erdnüssen

auch das Potenzial und die Tatkraft ihrer Gastgeber, etwa wenn die aus eigener Initiative eine Schule aufbauen.

Neue Erfahrungen machen und nutzen

Eintauchen und Kennenlernen, wie es sich anfühlt, wenn man morgens selber die Hacke führt und abends zuhört, wenn die Bauern berichten: Anbau von Kaffee oder Baumwolle für den Export, um notwendige Barmittel für Bildung und Gesundheit zu erwirtschaften, den Schwankungen der Weltmarktpreise, aber auch dem „Versuch-und-Irrtum“ der nationalen Landwirtschaftspolitik und den Subventionspraktiken transnationaler Akteure ausgesetzt.

Die Methode Exposure und Dialog® ermöglicht durch induktives Lernen, das Erlebte zu reflektieren und durch den Austausch mit einheimischen Akteuren und Experten in „Erfahrung“ zu wandeln. Zunächst am eigenen Leib spüren, welchen Aufwand der nichtmechanisierte Anbau von Mais, Bohnen oder Bananen und ihre Verarbeitung der ganzen Familie auferlegen. Danach gemeinsam mit anderen Teil-

„Ein besonderes Engagement legt Burton beim Thema Bildung an den Tag. Neben seiner landwirtschaftlichen Tätigkeit arbeitet er als Lehrer in einer Grundschule. Diese Ersatzschule ist durch die Initiative des Dorfes entstanden, um den Kindern einen Schulweg von ca. 5 Kilometern zur staatlichen Schule zu ersparen. Die beiden Lehrer arbeiten nach eigenem Bekunden ohne Gehalt vom Staat. Bewundert habe ich ihn für den täglich vollzogenen Rollenwechsel von einem Kleinbauern, der morgens mit uns Gästen noch im Maisfeld arbeitet, zu einem motivierten Grundschullehrer am späten Vormittag.“

Dr. Gerd Fleischer
GTZ/GIZ-Mitarbeiter,
EDP-Teilnehmer in Sambia

nehmenden durch die Diskussion mit Experten nachvollziehen, welche Rolle diese Nahrungsmittel für die Ernährungssicherung und für die lokalen Märkte spielen.

Wo lokale Praktiken profitieren vom hohem Standard landwirtschaftlicher Trainingsmaßnahmen und die Bauern in internationale Wertschöpfungsketten integriert sind, bleibt es nicht beim Aufzählen der Hemmnisse. Dann werden die Entwicklungschancen, die es auch für die bäuerliche Landwirtschaft in Subsahara-Afrika gibt, zum Antrieb, für mehr Gerechtigkeit und Wohlstand für alle zu arbeiten.

Exposure- und Dialogprogramme sind ein Angebot für Führungskräfte mit wenig Zeit für einen experimentellen Perspektivwechsel. Der „tut nicht nur der Politik gut“ (Wolfgang Thierse). Auch Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Medien und die Kirchen tragen Mitverantwortung für die Lebenschancen der Bevölkerung armer Länder. Aufgrund ihres Zugangs zu Ressourcen, ihrer Fachkompetenz und durch ihren Einfluss auf Gesetze und Kooperationsformen, können sie die Globalisierung menschenwürdig gestalten. Besser gelingt dies, wenn sie von Zeit zu Zeit Erfahrungen mit Menschen machen, die um ihre Entwicklung kämpfen.

➔ Weitere Informationen zum Verein und seinen Programmen im Internet unter www.edpev.de.



Jörg Hilgers arbeitet seit 2002 als Programmreferent beim EDP e. V.



Foto: Dr. A. Pardey

Blauschillernder Feuerfalter

Jubiläum mit Schönheitsfehlern

Zehn Jahre Nationalpark Eifel

Im diesem Jahr feiert der Nationalpark Eifel seinen zehnten Geburtstag. Ein erstes rundes Jubiläum, und ein „verdienter Grund zum Feiern“, wie Landesumweltminister Johannes Remmel beim Besuch des Nationalparktores in Nideggen betonte. Und auf den ersten Blick scheint der 110 Quadratkilometer große Nationalpark Eifel, nur 65 Kilometer südwestlich der Metropole Köln gelegen, in der Tat ein Naturparadies zu sein.

Dunkle, dichte Wälder locken Wanderer auf den Wildnis-Trail, um im Herbst der Hirschbrunft zu lauschen. Die Narzissentäler im Perlen- und im Fuhrtsbachtal sind im Frühjahr ein echtes Erlebnis für Naturfreunde und Ästheten, ebenso wie die Ginsterblüte im Frühsommer auf weiten Teilen der Dreiborner Hochfläche. Bis heute wurden mehr als 7.800 Tier- und Pflanzenarten im Nationalpark Eifel nachgewiesen, Tendenz steigend. Davon stehen gut 1.800 auf der Roten

Liste, gelten also als gefährdet oder vom Aussterben bedroht. Dazu gehört die Wildkatze ebenso wie der Biber und der Blauschillernde Feuerfalter, die Astlose Grasllilie ebenso wie der Fiebertee und die Hirschklee.

Waldentwicklung auf dem Prüfstand

So gab es denn auch viele Erfolgsmeldungen bei der mit mehr als 200 Gästen gut besuchten öffentlichen Fachtagung „Wald in Entwicklung 2.0“ am 5. Juni in Simmerath-Rurberg. Mit der Veranstaltung wollten Nationalparkverwaltung und Förderverein eine Bilanz ziehen und gleichzeitig neue Impulse für die Entwicklung des Nationalparks in den kommenden Jahren setzen. Die Entwicklung in Richtung Wildnis sei in den letzten zehn Jahren gut vorangekommen.

Die ursprünglich 38 Prozent Prozessschutzfläche, in der die Natur sich weitgehend selbst

überlassen bleibt, ist auf mittlerweile 56 Prozent der Nationalparkfläche angewachsen. Die internationale Anerkennung als Nationalpark, für die 30 Jahre nach der Gründung ein Prozessschutzanteil von 75 Prozent der Gesamtfläche erreicht sein muss, sollte 2034 also kein Problem sein.

Um Platz für die gewünschten Buchen oder die wertvollen Narzissen in den Bachtälern zu schaffen, wurden nicht-heimische Douglasien und Fichten gefällt. Genau daran entzündet sich die Kritik, und die Diskussion dreht sich um eine zentrale Frage: Wie viel Hilfe braucht die Natur, bevor man sie sich selbst überlassen kann?

Fichten raus, Buchen rein

Die Antworten darauf fallen unterschiedlich aus. Die Nationalparkverwaltung beharrt auf

dem Entwicklungsziel Buchenwald-Nationalpark, das nicht von alleine erreicht werde. Deshalb müsse man teilweise nachhelfen, mit der punktuellen Entfernung von naturfernen Fichtenmonokulturen und der Anlage eines Buchenwaldgürtels um den Kernbereich, der noch rund 20 Jahre menschlicher Unterstützung bedürfe. Auch Dr. Manfred Aletsee, Sprecher des NABU-Eifelteams, hält „ein solches Vorgehen in einem Entwicklungsnationalpark für naturschutzfachlich sinnvoll“. Allerdings ist es für den Nationalparkexperten nicht nachvollziehbar, dass die Nationalparkfläche nach den Richtlinien des Forest Stewardship Council (FSC) zertifiziert ist: „Der Nationalpark ist kein Wirtschaftswald.“

Der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht wird in seiner Kritik grundsätzlicher: „In Sachen Natur Natur sein lassen wurde im Nationalpark Eifel bisher leider eine große Chance vertan.“ Eine nahezu flächendeckende Jagd, Aufforstungen und ein überdimensionierter Wegebau würden eine tatsächlich natürliche Nationalparkentwicklung behindern. Und Josef Tumbinck, Stichts Pendant beim NABU, wünscht allen Beteiligten mehr Mut, „zumindest in großen Teilen des Nationalparks als Mensch los- und der Natur ihren Lauf zu lassen. Stellen wir uns abseits und schauen zu.“

Noch lange keine Wildnis

Der NABU-Landesverband hat 2013 eine detaillierte Kritik an einigen Entwicklungen im Nationalpark Eifel formuliert. Unter anderem geht es um die im Nationalparkplan für elf Prozent der Fläche festgelegte Offenhaltung durch Mahd und Beweidung: „Schafherden mögen den Landschaftsromantiker reizen, haben jedoch in einem Nationalpark, in dem sich Wildnis entwickeln soll, nichts zu suchen.“ Für den NABU-Experten Aletsee ist vor allem der „Etikettenschwindel“ bei der Information der Öffentlichkeit ein Ärgernis: „In der Eifel wird etwas als Wildnis verkauft, das noch lange keine Wildnis ist.“ Eine Fichtenmonokultur bleibe naturfern, selbst wenn sie durch Wind und Borkenkäfer zusammenbreche: „Die Natur holt sich eine Fläche zurück, die der Mensch mit gebietsfremden Bäumen bepflanzt hat.“ Erst wenn sich im Nationalpark Eifel wieder ein Wald aus heimischen Laubgehölzen entwickelt habe und dieser sich ein bis mehrere Jahrhunderte selbst überlassen bleibe, könne man wieder von Wildnis sprechen.

Attraktion mit Korrekturbedarf

Jenseits aller fachlichen Diskussionen oder Meinungsverschiedenheiten über Waldentwicklungskonzepte – der Nationalpark kommt an. 2013 wurden an den fünf Nationalparkorten mehr als 235.000 Besucher gezählt. Viele Menschen nutzen die Gelegenheit, Natur zu erleben – sei es im Rahmen von Führungen und Exkursionen oder auf eigene Faust. Und das Wegenetz wächst: Kürzlich wurde der barrierefreie Naturerlebnispfad „Wilder Weg“ eröffnet. Der 1,5 Kilometer lange Pfad ist mit zehn Informationsstationen ausgestattet und führt 210 Meter über einen Holzsteg durch die entstehende Waldwildnis, um besondere Perspektiven und Einblicke in die Natur zu ermöglichen. An den Stationen können sich die Besucher über Wildnis, Waldentwicklung und die vielfältige Tier- und Pflanzenwelt informieren und selber auf Erkundung gehen, zum Beispiel in einem „Baumstamm-Tunnel“.

Trotz aller Kritik bezeichnet zumindest der NABU NRW den Nationalpark Eifel als „Mei-

lenstein für den Naturschutz in Nordrhein-Westfalen“. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich mit Nachdruck für eine ähnliche Entwicklung in Ostwestfalen einzusetzen. Auch der BUND-Landesvorsitzende Sticht verkennt nicht die „positiven Effekte für die Region und die umliegenden Gemeinden durch die Einrichtung eines Nationalparks“. Allerdings dürfe ein solches Gebiet nicht auf seine touristische Funktion reduziert werden: „Ein weiterer Nationalpark in NRW ist nur sinnvoll, wenn die Fehlentwicklungen in der Eifel korrigiert und diese Fehler nicht wiederholt werden.“

Unsere Stiftung hat mehrere Projekte im Zusammenhang mit dem Nationalpark unterstützt und fördert derzeit die Anschaffung und Einrichtung eines „Infomobils Natur“ mit 42.500 Euro.

➔ Weitere Informationen unter www.nationalpark-eifel.de, www.foerderverein-nationalpark-eifel.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3541

Foto: Nationalparkverwaltung



Dreiborner Hochfläche

Kurswechsel gefordert

„Naturschutztage am Rhein“ in Königswinter

Experten aus Verbänden, Behörden, Wissenschaft und Politik haben sich vom 1. bis 3. August auf Einladung des BUND in Königswinter zu den „1. Naturschutztagen am Rhein“ getroffen, um über einen besseren Schutz für den Strom zu beraten. Nach den Naturschutztagen am Bodensee oder an der Elbe wolle der BUND nun „Vater Rhein mit dieser Veranstaltung eine Stimme geben“, so der ehemalige BUND-Landesvorsitzende und Wasserexperte Paul Kröfges.

Der Rhein ist nach einhelliger Auffassung der Tagungsteilnehmer noch weit von dem „guten ökologischen Zustand“ entfernt, den die Wasserrahmenrichtlinie der Europäischen Union für alle Oberflächengewässer bis spätestens 2015 vorschreibt. Dabei habe der Fluss ein „hohes Potenzial für die Biodiversität in Mitteleuropa“, betonte der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht.

Nach Ansicht von Dr. Ralf Köhler, stellvertretender Sprecher des BUND-Bundesarbeitskreises Wasser, sei die stoffliche Belastung im Rhein und vielen anderen Flüssen in den letzten Jahren zurückgegangen: „Heute bereiten uns Ausbau und Nutzung große Probleme.“ Köhler, der sich seit knapp 30 Jahren mit Gewässerschutz beschäftigt, kritisierte zudem die „viel zu kurze Deadline“ für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie: „Was in 100 Jahren kaputt gemacht wurde, kann man nicht kurzfristig verbessern.“

„80 bis 90 Prozent der ehemaligen Überschwemmungsflächen am Rhein sind nicht mehr vom Hochwasser erreichbar und die Reste der ursprünglichen Auen schwer geschädigt“, konstatierte der BUND-Bundesvorsitzende Hubert Weiger. Hier müsse dringend gehandelt werden – und es wird gehandelt, versprach Dr. Elsa Nickel aus dem Bundesumweltministerium, die

insbesondere auf das kommende Bundesprogramm „Blaues Band“ zur Renaturierung von Fließgewässern und Auen verwies.

Deutliche Kritik übte der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht an der „politischen Handlungsunwilligkeit“ der Bundesländer bei der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Notwendig seien zusätzliche Fördermittel und vor allem eine bessere Personalausstattung der Wasserwirtschafts- und Naturschutzverwaltungen. Diese seien in den letzten Jahren trotz zunehmender Aufgaben kaputtgespart worden und drohten jetzt an der nationalen Aufgabe zu scheitern.

Die Schwierigkeiten, auf die Naturschützer stoßen, beschrieb Achim Baumgartner, Sprecher der BUND-Kreisgruppe Rhein-Sieg. So seien die ursprünglichen Pläne zur Renaturierung der Siegauen nach massiven Protesten von Landnutzern und Kommunen auf ein Minimum zurückgefahren worden: „Wir haben vierzehn neue natürliche Überschwemmungsflächen vorgeschlagen, und alle wurden abgelehnt.“ Auch der Lachs, als Rückkehrer eigentlich Protagonist einer Erfolgsgeschichte am Rhein, habe es in der Sieg nicht leicht, so Paul Kröfges: „Der Lachs hat größte Probleme, über das Flüsschen Sieg Rheinland-Pfalz zu erreichen, da zahlreiche Querbauwerke und Wasserkraftwerke ihm hier entgegenstehen.“

Für Hubert Weiger ein weiterer Beleg, dass die Lobby für Natur und Umwelt leider weniger Durchschlagskraft habe als die für Verkehr oder Landwirtschaft – und eine Mahnung an die Naturschützer: „Wir müssen nicht nur unsere Positionen immer weiter verbessern, sondern müssen uns fragen, wie wir unsere Positionen künftig besser durchsetzen können.“ Unsere Stiftung hat die Naturschutztage mit 8.000 Euro unterstützt.



(v. l.): Sebastian Schönauer, Jörg Nitsch, Holger Sticht, Hubert Weiger, Paul Kröfges, Kai Baudis, Harry Neumann (alle BUND)

➔ Weitere Informationen unter www.naturschutztageamrhein.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3573

Vernetzte Vielfalt

Bonner Netzwerk zur Biodiversität

Von Wolfram Freund

Die Zerstörung von Lebensräumen und der damit verbundene Verlust von Tier- und Pflanzenarten stellt nach wie vor eine ernstzunehmende Bedrohung der Existenz von Milliarden Menschen dar. Denn wir sind in vieler Hinsicht direkt oder indirekt von der Biodiversität abhängig, da sie die biologische Vielfalt sowohl der Arten, der genetischen Ressourcen als auch der Ökosysteme und Lebensräume umfasst. Eine starke Störung von Ökosystemen hat zwangsläufig eine Verminderung ihrer Dienstleistungen zur Folge, also von Leistungen der Natur, die der Mensch für sich nutzbar machen kann, zum Beispiel die Süßwasserfiltration, die Bestäubung von Kulturpflanzen oder die Klimaregulierung. Dies wirkt sich wiederum – meist negativ – auf die Lebensqualität von Menschen aus, und ausgerechnet ärmere Menschen sind davon oft am meisten betroffen.

BION – ein Netzwerk, so vielfältig wie das Leben

BION – Biodiversität in Bonn, so heißt das noch junge Netzwerk, das die Vielfalt der Arten und Lebensräume aus neuen Blickwinkeln betrachtet. Nicht nur Wissenschaftler aus den Bereichen Botanik, Zoologie und Geografie als traditionellen Richtungen der Biodiversitätsforschung sind beteiligt, sondern auch Soziologen, Ethiker und Vertreter weiterer Forschungsdisziplinen. Die Voraussetzungen dafür sind in und um Bonn ideal dank einer einzigartigen Konzentration von internationalen und UNO-Institutionen, Bundes- und Landeseinrichtungen, universitären Instituten, Umweltorganisationen, Stiftungen und der Stadt Bonn selbst. Die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen gehört zu den Gründungsmitgliedern des Netzwerkes. Diese Institutionen zeichnen sich durch ihre Einzigartigkeit, Spezialisierung und hohe Kompetenz aus. Sie weisen komplementäre Profile über die gesamte Bandbreite der Thematik Biodiversität auf und sollen mit ihrer Arbeit zur exemplarischen Optimierung der Interaktion zwischen Gesellschaft, Wissenschaft und Politik beitragen. BION hat sich deswegen zum Ziel gesetzt, die Aktivitäten der Beteiligten zur

Erforschung und Erhaltung der biologischen Vielfalt besser zu vernetzen und Synergien zwischen den Einrichtungen zu fördern. Durch diese multidisziplinäre und dynamische Zusammenarbeit beschäftigt BION sich mit Fragen zur Biodiversität auf lokaler, regionaler, nationaler und globaler Ebene. Gefördert wird die Initiative durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesumweltministeriums.

Voneinander lernen – übereinander lernen

BION baut auf bereits bestehenden Aktivitäten, Erfahrungen und Kooperationen auf und wird mit relevanten Einrichtungen und Vorhaben kooperieren, innovative und modellartige Ansätze fördern und gemeinsam mit den Partnern eine „Think Tank“-Funktion aufbauen. Davon versprechen wir uns sowohl gemeinsame Projekte der Partner als auch eine erhöhte Sichtbarkeit der biodiversitätsrelevanten Institutionen in Bonn, alleine schon durch eine verbesserte Kenntnis der mittlerweile 58 Partnerinstitutionen von- und übereinander. Diese Ansätze werden auf den regelmäßigen Vollversammlungen und Treffen der Arbeitsgruppen, in denen sich die BION-Mitglieder organisiert haben, vertieft und konkretisiert. Gleichzeitig bietet BION eine Servicefunktion im Sinne einer Informations-Drehscheibe, etwa als Wissenschaft-Politik-Schnittstelle, und bündelt wissenschaftliche Expertise,



Dr. Wolfram Freund ist Koordinator des BION-Netzwerks
wfreund@uni-bonn.de



die bei Bedarf vermittelt werden kann. Die Arbeitsschwerpunkte von BION sind Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung, Bildung und Erziehung, Forschung, Kommunikation, v. a. mit und durch die Medien, ökonomische Aspekte der Biodiversität, nachhaltige Entwicklung und Biodiversität und die „politische Dimension“ (Science-Policy-Interface) der Biodiversität.

Biodiversität von heute – für morgen

Mit der Durchführung eines Kongresses wollen wir den Weg für die engere mittelfristige Zusammenarbeit ebnen. Die 1. Internationale BION-Konferenz „Biodiversity today for tomorrow“ soll ein dynamisches Forum bieten, um aktuelle Fragestellungen im Themenkreis Biodiversität aus der Sicht verschiedener Disziplinen zu beleuchten und einen Beitrag zu Erhalt und Erforschung von Vielfalt zu leisten. Die Konferenz findet vom 17. bis 19. September 2014 in Bonn statt und wird vom BION-Sekretariat und seinen Netzwerkpartnern organisiert. Folgende Themen werden behandelt, die gleichzeitig die Schwerpunkte der Arbeitsgruppen widerspiegeln: Artensterben und die Biodiversitätskrise, Globale Biodiversitätsmuster, Technologien für Monitoring, Biodiversität für Ernährung und Landwirtschaft, Biodiversität und Entwicklung, Ethische Aspekte der Biodiversität, Gesellschaftliche Dimensionen, Capacity Building und Interdisziplinäre Ansätze.

Wir sehen die Konferenz als Chance, die Weichen dafür zu stellen, dass wir auch morgen noch einen artenreichen und damit lebenswerten Planeten haben. Denn die natürliche Vielfalt der Organismen ist eine der wesentlichen Grundlagen für das Überleben und Wohlergehen des Menschen.

→ Weitere Informationen zu BION und zur Konferenz unter www.bion-bonn.org

KLIMA-WANDELT

Erweiterte Ausstellung unterwegs in NRW

Seit Anfang des Jahres bietet unsere Stiftung die Ausstellung „Klima-Wandelt“ zum Verleih an. Mit Texten, Fotos und Grafiken vermittelt sie aktuelle Informationen zum Klimawandel und zu seinen Folgen. Die ursprünglichen 16 Tafeln mit Fokus auf den dramatischen klimatischen Veränderungen in Grönland wurden jetzt durch sieben Tafeln ergänzt, auf denen die Folgen des Klimawandels in anderen Erdteilen und auch in Nordrhein-Westfalen dargestellt werden. Nichtregierungsorganisationen, Schulen und andere Institutionen in NRW können die Ausstellung – komplett oder in einer Auswahl – ausleihen. Der Verleih ist kostenlos, der Transport muss von den Ausleihern organisiert und finanziert werden.

„Klima-Wandelt“ ist zurzeit im Kreishaus Höxter zu sehen und vom 8. bis zum 20. September in der Landvolkshochschule Hardehausen (Warburg). Weitere Stationen sind die Biologische Station Rieselfelder Münster (22. September bis 12. Oktober) und der Geologische Dienst Nordrhein-Westfalen in Krefeld (26. Oktober bis 9. November). Anschließend geht es bis Ende Januar nach Düsseldorf.

Einen optischen Eindruck von „Klima-Wandelt“ und weitere Informationen erhalten Sie auf unserer Internetseite www.sue-nrw.de unter der Rubrik Service.



7. Deutscher Nachhaltigkeitstag

Stiftung kooperiert als Institutioneller Partner

Auch in diesem Jahr beteiligt sich unsere Stiftung am Deutschen Nachhaltigkeitstag, der am 27. und 28. November in Düsseldorf stattfindet. Ziel der Kooperation ist es, zivilgesellschaftliche Organisationen stärker einzubinden und ihre Positionen im Veranstaltungsprogramm und durch Präsentationen sichtbar zu machen. Die Veranstaltung richtet sich an Verantwortliche aus Unternehmen und Kommunen sowie an Vertreter von Zivilgesellschaft, Politik, Forschung und Medien.

Der Nachhaltigkeitstag beginnt am 27. November um 17 Uhr mit einer Veranstaltung zum Thema „Nachhaltigkeit im Sport“. Einer der Redner ist Thomas Bach, Präsident des Internationalen Olympischen Komitees. Beim Kongress am 28. wechseln sich Plenarblöcke und parallele Themenforen ab. In einer der Plenarsitzungen spricht u. a. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks. Die dezentralen Themenforen ermöglichen Diskussionen in kleinerem Kreis. Die acht Foren widmen sich

den Bereichen Ressourcenschonung, Energieeffizienz, Marken/Siegel, Standortfaktor Nachhaltigkeit, Recycling, Nachhaltiges Bauen, Flächennutzung und Nachhaltigkeit in der Lieferkette. Letzteres Forum beschäftigt sich mit den Produktionsbedingungen in der Textilbranche und wurde in Kooperation mit unserer Stiftung entwickelt. Von NRO-Seite aus wird Gisela Burckhardt als Referentin teilnehmen. Sie ist Vorstandsvorsitzende von Femnet, einer



Trägerorganisation der Kampagne für Saubere Kleidung.

Im Anschluss an den Kongress wird der Deutsche Nachhaltigkeitspreis vergeben, mit dem in verschiedenen Kategorien vorbildliche Unternehmen, Kommunen und Forschungseinrichtungen ausgezeichnet werden. Für die Preise 2014 haben sich 800 Unternehmen, Städte und Forscherteams beworben.

Durch unsere Beteiligung als institutioneller Partner können wir, im Rahmen eines begrenzten Kontingents, NRO-Vertretern aus Nordrhein-Westfalen eine kostenlose Teilnahme an der Eröffnungsveranstaltung und am Kongress ermöglichen.

- ➔ Wenn Sie daran interessiert sind, melden Sie sich bitte möglichst bald bei uns Christel.Schwiederski@sue-nrw.de
- ➔ Das Kongressprogramm und weitere Informationen finden Sie unter www.nachhaltigkeitspreis.de

Umgeblättert

Interessantes aus entwicklungs- und umweltpolitischen Zeitschriften



Ertragsstarke Bauernhöfe

Wie muss sich die weltweite Landwirtschaft entwickeln, um die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren? Mit dieser Frage befasst sich die Juni-Ausgabe der Zeitschrift **E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit**. Um die Erträge zu steigern seien Bauernhöfe notwendig, die „nicht immer größer werden, sondern schlauer wirtschaften und sich präziser auf den Bedarf ausrichten“, so die zentrale Botschaft. Wie das aussehen kann und was man aus Fehlern der Vergangenheit lernen sollte, wird in sieben Artikeln reflektiert. So berichten Autoren aus Uruguay, Malawi und Indien über Entwicklungen in ihren Ländern. In einem weiteren Beitrag erläutert Entwicklungsminister Gerd Müller, wie er mit dem Programm „Eine Welt ohne Hunger“ eine nachhaltige Landwirtschaft stärken will. Ein zentraler Bestandteil sind Innovationszentren in Afrika, die durch Forschung und Ausbildung zur Ernährungssicherung beitragen sollen.

Die Monatszeitschrift E+Z wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von Engagement Global herausgegeben. Die Redaktion hat den Auftrag, ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene zu schaffen. Dazu dient auch die englischsprachige Version der E+Z, „D+C – Development and Cooperation“. Schwerpunkte der Juli- und August-Ausgaben der E+Z sind die Debatten zur internationalen Entwicklungsagenda nach 2015 und das Thema „Behinderung und Inklusion“.

→ Weitere Informationen unter www.dandc.eu/de



Die Suche nach Verbündeten

Entwicklungspolitische Lobbyarbeit ist das Schwerpunktthema der Juni-Ausgabe der Zeitschrift **welt-sichten**. Der einleitende Artikel beschreibt die Situation in Berlin, wo Nichtregierungsorganisationen und Entwicklungsexperten der Bundestagsfraktionen oft gemeinsam daran arbeiten, Regierung und andere Abgeordnete von der Bedeutung ihres Themas zu überzeugen. Weitere Artikel analysieren die Vor- und Nachteile von Online-Lobbyarbeit und prominenten NRO-Botschaftern, beschreiben den Einfluss von Lobbyisten bei EU-Entscheidungen oder berichten über Lobbyarbeit in Nepal oder Afrika. Interessant ist auch ein Artikel über eine indische NRO, die nach Berlin reiste, um deutsche Politiker und Ministeriale auf Menschenrechtsverletzungen in Indien aufmerksam zu machen.

In der August-Ausgabe der welt-sichten liegt der Fokus auf der Karibik, u. a. geht es um die Reformen in Kuba und um die besonderen Beziehungen zwischen Haiti und der Dominikanischen Republik, die sich zwar eine Insel teilen, aber sonst nicht viel Gemeinsames haben.

Die welt-sichten werden herausgegeben vom Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e. V. (VFEP), dem kirchliche Entwicklungswerke aus Deutschland und der Schweiz sowie ein Förderverein angehören.

Das Themenspektrum der Zeitschrift reicht von Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik über Klimawandel und Umweltschutz bis zur Rolle der Kirchen und Religionen. Die September-Ausgabe beschäftigt sich u. a. mit Atomwaffen und mit Islamisten.

→ Weitere Informationen unter www.welt-sichten.org



Postfossile Mobilität

In der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift **politische ökologie** dreht sich alles um das Thema „Postfossile Mobilität“. Für viele von uns ist Mobilität zwar heute immer noch ein Synonym für Automobilität, aber Hermann Knoflacher vom Wiener Institut für Verkehrsplanung und Verkehrstechnik entlarvt in seinem Artikel sowohl den Fetischcharakter der Mensch-Auto-Beziehung als auch die fehlende Zukunftsfähigkeit einer Verkehrsplanung, die auch in der Stadt immer noch auf das Auto setzt.

Welche Weichen müssen wir stellen, damit wir morgen in einer Welt mit perfekten Fahrradnetzen, einem komfortablen Nah- und Fernverkehr und leise surrenden E-Fahrzeugen leben wollen? Damit beschäftigen sich 15 Beiträge aus unterschiedlichen Perspektiven. Die Planung der Bundesverkehrswege spielt ebenso eine wichtige Rolle wie die Entwicklung der (öko)elektronischen Mobilität, der Ausbau von Nahverkehrssystemen insbesondere im ländlichen Raum oder ein leistungsfähiger Güterfernverkehr. Doch nicht minder wichtig erscheint die Mobilität im Kopf: Wie schaffen wir es, ein nachhaltigeres Verkehrsverhalten nicht nur zu fordern, sondern auch zu fördern und umzusetzen? Wer sich umfassend mit den Chancen und Perspektiven der postfossilen Mobilität befassen möchte, findet in diesem Heft vielfältige Anregungen.

Die politische ökologie erscheint vierteljährlich und diskutiert jeweils ein Thema aus dem Bereich der Nachhaltigkeit. Die Zeitschrift sieht sich als Forum für die Debatte zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und NGOs.

→ Weitere Informationen unter www.oekom.de

... den Projekten des Arbeitskreises Recycling?

Der Ressourcenverbrauch bei der Herstellung und Entsorgung von Möbeln oder Elektrogeräten ist enorm. Daher ist es sinnvoll, solche Gegenstände so lange wie möglich zu nutzen. Die EU-Abfallrahmenrichtlinie vom 19. November 2008 und das darauf fußende deutsche Kreislaufwirtschaftsgesetz aus dem Oktober 2011 haben eine klare Hierarchie beim Umgang mit Abfällen vorgegeben: Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwendung, Recycling, sonstige Verwertung und Beseitigung.

Kommunen und öffentlich-rechtliche Entsorgungsunternehmen tragen die Verantwortung dafür, dass diese Vorgaben auf lokaler und regionaler Ebene umgesetzt werden. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist die gute Zusammenarbeit zwischen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern und Einrichtungen der Wieder- und Weiterverwendung. Der Arbeitskreis Recycling in Herford hat das schon vor längerem erkannt und 2010/2011 unter dem Titel „Lokale nachhaltige Kreislaufwirtschaft“

ein Kooperationsprojekt mit dem Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld durchgeführt, das von unserer Stiftung mit 36.777 Euro gefördert wurde. Der gemeinnützige Arbeitskreis (AK) Recycling wurde 1984 gegründet, um Arbeitslose zu qualifizieren und die Müllmenge in der Region durch Recyclingangebote zu reduzieren. Über Recyclingbörsen – sogenannte Zweckbetriebe des AK Recycling – werden aufbereitete und gut erhaltene Gegenstände günstig wiederverkauft. Mittlerweile gibt es solche Second-Hand-Kaufhäuser in Bielefeld, Bünde, Herford, Löhne und Spenge.

Für Hans Engels vom AK Recycling ging es bei dem Projekt vor allem darum, „beide Partner zusammenzubringen. Vorher war so etwas überhaupt kein Thema.“ Im Projektverlauf wurde schnell deutlich, dass kommunale Wertstoffhöfe für die Erfassung wiederverwendungsfähiger Gegenstände und Geräte eine zentrale Funktion haben können: Hier lässt sich das Wiederverwendungspotenzial von Sperr-

müll und ausrangierten Elektrogeräten schon bei der Annahme ermitteln, und hier lässt sich die Annahmelogistik so gestalten, dass wiederverwendbare Gegenstände möglichst schonend behandelt werden.

Auch die Zahlen sprechen für den Erfolg des Projekts: So waren rund fünf Prozent der Elektrogeräte ohne jede Reparatur für die Wiederverwendung geeignet, und von den abgegebenen Fahrrädern ließ sich rund die Hälfte problemlos wieder aufbereiten. Andere Kommunen und Landkreise – wie etwa Höxter – erkennen mittlerweile das Potenzial hinter dieser funktionierenden Kooperation und lassen sich vom AK Recycling beraten. Das Projekt „Lokale nachhaltige Kreislaufwirtschaft“ wurde als Musterbeispiel in den neuen Abfallwirtschaftsplan des Landes NRW aufgenommen.

In zwei weiteren, von unserer Stiftung geförderten Projekten erweitert der Arbeitskreis Recycling die bislang gewonnen Erkenntnisse zum Thema Wiederverwendung. Mit dem Projekt „Re-Source NRW – Ressource@Region“ (18.930 Euro) wurden gemeinnützige Wiederverwendungs- und Reparaturzentren an die Strategieentwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen zur Abfallvermeidung und Wiederverwendung herangeführt. Zurzeit entwickelt der AK Recycling „Qualitäts-, Akkreditierungs- und Kooperationskriterien für Wiederverwendungs- und Reparaturbetriebe sowie öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger“ (28.179 Euro), um einheitliche qualitative Grundlagen für die Zusammenarbeit zwischen Entsorgungsunternehmen und Einrichtungen der Wiederverwendung zu schaffen.

Für Hans Engels ist es wichtig, dass dabei auch Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern einfließen: „Die Österreicher und vor allem die Belgier sind schon deutlich weiter als wir.“ Zentrale Voraussetzung für funktionierende Kooperationen wie in Ostwestfalen seien aber klare politische Vorgaben: „Die verantwortlichen Politiker in den Kommunen müssen ihren Entsorgungsbetrieben klar sagen: Das wollen wir jetzt so machen!“



Stolz auf ein erfolgreiches Projekt (v. l.): Klaus Kugler-Schuckmann (Betriebsleiter Umweltbetrieb Bielefeld), Manuel Fiegl, Claudio Vendramin (beide Recyclingbörse Bielefeld/Herford), Anja Ritschel (Umweltdezernentin Bielefeld) und Gerald Knauf (Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW)

➔ Weitere Informationen unter www.recyclingboerse.org sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3383, U-3494 und U-3562

Neu geförderte Projekte

1. Juni bis 15. August 2014
Fördervolumen: 459.536 €

Sie finden hier Kurzinformationen zu den Projekten, ihrer Dauer, der Fördersumme und zum Förderbereich (E = Entwicklung, I = Interkultur, U = Umwelt, Z = übergreifende Themen).

→ Weitere Informationen in der Projektdatenbank auf unserer Internetseite www.sue-nrw.de

Situation der Mapuche in Chile Gesellschaft für bedrohte Völker Zwei Vertreter der Mapuche berichten in Vorträgen über die prekäre Situation dieser größten Indigenen-Gruppe Chiles; außerdem viertägige internationale Konferenz in Köln.	1.7.2014–31.12.2014 E-4866 9.740 €	12 Umweltbildungskisten für Gemeinschaftsgärten Kölner NeuLand e. V. Erstellung von Umweltbildungsmaterialien, die im Kölner Gemeinschaftsgarten „NeuLand“ für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen eingesetzt werden.	21.5.2014–31.12.2014 U-3578 5.000 €
Kampagne „Fairtrade-Schools in NRW“ TransFair e. V. Beratung und Entwicklung von Materialien zur Kampagne „Fairtrade-Schools“; vor Ort Zusammenarbeit mit Bildungs- und Eine-Welt-Akteuren aus NRW.	1.5.2014–30.4.2016 E-4870 69.764 €	Klimacampus im Rahmen der „Fair Flair“ Mülheimer Initiative für Klimaschutz e. V. Präsentationen und Aktionen beim Umweltmarkt „Fair Flair“ in Mülheim an der Ruhr.	23.5.2014–25.6.2014 U-3581 3.745 €
BRIDGE-IT! Partnerschaftsprojekte von Schulen Bridge-it e. V. Ausbau der Kampagne „Bridge it!“ zu Schulpartnerschaften mit Entwicklungsländern.	15.5.2014–31.1.2015 E-4871 7.700 €	Oikos-Heldentag „Sustainable Business“ oikos Paderborn e. V. Konferenz mit Unternehmen und Experten zum Thema Nachhaltiges Wirtschaften für Studierende und andere Interessierte.	16.6.2014–1.8.2014 U-3585 1.638 €
Leben im ländlichen Raum Katholische Landjugendbewegung im Bistum Münster e. V. Zweiwöchige Begegnung von Brasilianern und Deutschen im Münsterland; Themenschwerpunkte sind Bildung, Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Partizipation.	21.8.–31.12.2014 E-4883 9.900 €	Entwicklung zukunftsfähig inklusiv gestalten Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e. V. U. a. inklusive Broschüre, Seminare für Menschen mit und ohne Behinderung und eine inklusive Wanderausstellung zu den Themen „Menschenwürdige Arbeit“ und „Wasser“.	1.5.2014–31.12.2015 Z-5269 64.376 €
„Umwelt-Chancen“ Fraueninitiative für Bildung und Erziehung e. V. Projektwoche zum Thema Umweltberufe: Workshops, Unternehmensbesuche und Ausbildungsplatzbörse für Bonner Schüler, insbesondere mit Migrationshintergrund.	1.8.2014–30.11.2014 I-6101 8.500 €	Mit Kinderaugen um die Welt Wissenschaftsladen Bonn e. V. Projekt für Erzieherinnen und Erzieher in Essen, Köln und Mönchengladbach: Fortbildungen und Praxisphasen zu Globalem Lernen in der Kita.	1.8.2014–31.12.2016 Z-5270 40.800 €
Begegnung deutscher und ghanaischer Studierender Katholische Studierenden- und Hochschulgemeinde Münster Studierende aus Ghana und Deutschland beschäftigen sich bei Seminaren, Exkursionen und weiteren Aktivitäten mit theologischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Themen.	1.6.2014–18.7.2014 I-6109 10.000 €	Vernetzte Erde 2014/2015 Tatort – Straßen der Welt e. V. Schulwettbewerb zu Zusammenhängen, Folgen und Zukunftsperspektiven von global wachsendem Konsum und steigender Mobilität; Schüler erarbeiten Plakate, Filme etc.	1.5.2014–31.12.2015 Z-5272 21.740 €
Lernort für Umweltbildung und globales Lernen Förderverein zur zivilen Nutzung der Ermekeilkaserne e. V. Konzeptentwicklung für die Zwischennutzung einer Kaserne als mobiler Garten und Lernort für urbane Umweltbildung.	21.2.2014–31.7.2014 U-3544 9.500 €	Begleitprogramm zu Ausstellung Stiftung Zollverein Workshops, Filme, Symposium und Künstlertalks zur Ausstellung „zur nachahmung empfohlen!“ in Essen, die sich mit Konsumverhalten und Ressourcennutzung befasst.	6.6.2014–31.12.2014 Z-5273 10.000 €
Lehrbienenstand für Aus- und Fortbildung Bienenzuchtverein Bechen e. V. Errichtung eines Gebäudes mit einem Lehrbienenstand und eines Lehrpfades mit Schautafeln, Insektenhotel und Streuobstwiese.	12.5.2014–30.10.2016 U-3565 91.800 €	„Ping und seine Klima-Abenteurer“ Lateinamerika-Zentrum e. V. Klimabildung in der Grundschule: Entwicklung eines Kinderbuchs, Projekttag und Familienworkshops zum Klimawandel und den Folgen für Lateinamerika.	1.7.2014–31.7.2015 Z-5274 8.000 €
Internetplattform zu regionalem Wirtschaften Stiftung Umweltzentrum Heerser Mühle Einrichtung einer Internetplattform mit Informationen zu Nachhaltigkeitsthemen und regionalen nachhaltigen Produkten und Anbietern in der Region Lippe.	1.7.2014–30.6.2017 U-3569 7.355 €	Konzeptentwicklung „Global Skills“ Tatort – Straßen der Welt e. V. Konzept zur Integration von Globalem Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung in die betriebliche Aus- und Weiterbildung.	1.9.2014–31.10.2015 Z-5277 8.800 €
NaturtrainerInnen in NRW Naturschutzbund Deutschland Landesverband NRW e. V. Senioren und Menschen, die sich beruflich umorientieren wollen, werden als Naturtrainer für den Einsatz in Kitas ausgebildet. Ausbildungsorte sind Essen und Münster.	1.7.2014–30.6.2016 U-3571 41.388 €	Faires Fest 2014 Katholikenrat Wuppertal Fest mit Aktionen und Präsentationen zum Auftakt der Fairen Woche 2014 in Wuppertal, außerdem Filmvorführung zum Thema Wasser, Ausstellung und Vorträge.	31.5.2014–30.10.2014 Z-5279 14.340 €
Naturschutztage am Rhein BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. Die Konferenz soll länderübergreifend Menschen, die sich ehrenamtlich für den Naturschutz am Rhein einsetzen, mit Mitarbeitern von Institutionen und Behörden zusammenbringen.	1.5.2014–31.12.2014 U-3573 8.000 €	Begleitung NRW-Dialog zur Textilproduktion Südwind e. V. Institut für Ökonomie und Ökumene Zivilgesellschaftliche Begleitung der „Zukunftsinitiative Textil (ZiTex)“ und des NRW-Wirtschaftsministeriums zur Unternehmensverantwortung in der Textilbranche.	15.10.2014–31.12.2015 Z-5297 7.450 €

Tagung Für ein nachhaltiges NRW

Unter dem Titel „Gut leben, arbeiten und wirtschaften in 2030“ findet am 17. November 2014 in Mülheim an der Ruhr die 3. Nachhaltigkeitskonferenz des Landes Nordrhein-Westfalen statt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht die Diskussion über ein Strategiepapier der Landesregierung zur Entwicklung einer NRW-Nachhaltigkeitsstrategie. Ziel der Veranstaltung ist es, durch den Austausch mit Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kommunen, Verbänden, Kirchen und Zivilgesellschaft den landesweiten Nachhaltigkeitsprozess voranzutreiben, der Ende 2015 in der Verabschiedung der Nachhaltigkeitsstrategie münden soll. Referieren werden u. a. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks sowie die NRW-Minister Duin, Rimmel und Schneider.

➔ Informationen und Anmeldung unter www.nrw-nachhaltigkeitstagung.de



Fleischatlas 2014 Kein tierisches Vergnügen

Mit der politischen und ethischen Dimension des Fleischkonsums beschäftigt sich der Fleischatlas, den die Heinrich Böll Stiftung, der BUND und Le Monde Diplomatique 2014 zum zweiten Mal herausgegeben haben. Der Fleischatlas 2013 thematisierte die Auswirkungen von Europas Fleischkonsum auf Schwellen- und Entwicklungsländer und auf das Klima. Die Ausgabe 2014 befasst sich mit dem „Big Business Fleisch“ – von Europa über die USA bis hin zu den aufstrebenden Volkswirtschaften China und Indien. Zwanzig kurze Essays und zahlreiche Grafiken behandeln Themen rund um Fleischerzeugung und -konsum und zeigen, dass jenseits der großindustriellen Produktion Alternativen möglich sind.

➔ Bestellung und Download unter www.boell.de

Aktionsheft und Workshop Werde Aktivist*in!

„Einfach ganz anders“ heißt ein von unserer Stiftung gefördertes Kooperationsprojekt vom Eine Welt Netz NRW und der BUNDjugend NRW, das Schüler und Lehrkräfte an Ganztagschulen zu mehr Nachhaltigkeit motivieren soll. Jetzt ist das Aktionsheft „Werde Aktivist*in!“ erschienen, das sich an Schülerinnen und Schüler richtet, die sich in Schule und Freizeit aktiv für eine gerechtere Zukunft einsetzen wollen. Mit Tipps, Checklisten und Ideen motiviert das Heft, kreativ zu werden, eigene Aktionen zu entwickeln und in die Öffentlichkeit zu tragen. Schülerinnen und Schüler aus NRW können die Print-Version kostenlos bestellen bei dorothe.tiemann@eine-welt-netz-nrw.de, ein Download steht zur Verfügung unter www.einfachganzanders.de/reader/.



Begleitend zum Aktionsheft wird ein Wochenend-Workshop am 20./21. September 2014 in Essen angeboten. Die Teilnahme kostet 15 Euro inklusive Übernachtung, Verpflegung und Material.

➔ Anmeldung unter www.einfachganzanders.de/fuer-schuelerinnen

Workshop der Stiftung Vom Förderantrag bis zur Abrechnung

Ist unsere Organisation antragsberechtigt? Welche Informationen muss der Förderantrag enthalten? Wie mache ich eine Projektabrechnung? Um diese und weitere Fragen geht es in unserem Workshop, der am 8. November von 10 bis 17 Uhr in den Räumen der Stiftung stattfindet. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, die Teilnahme ist kostenfrei.

➔ Bitte senden Sie Ihre Anmeldung per Post oder Fax an uns oder senden eine E-Mail an Marion.Ostermann@sue-nrw.de. Ihre Anmeldung ist erst nach unserer schriftlichen Bestätigung gültig.

Messe „Green Live“ in Ostwestfalen



Dem zukunftsfähigen Lebensstil widmet sich die Messe „Green Live“, die vom 14. bis 16. November 2014 in Rheda-Wiedenbrück stattfindet. Energiesparen, umweltfreundliche Mobilität, ökologische Lebensmittel und Fairer Handel sind einige der thematischen Schwerpunkte. U. a. wird es einen „Bildungsmarkt für eine nachhaltige Entwicklung“ geben, an dem sich Nichtregierungsorganisationen und andere gemeinnützige Einrichtungen aus NRW beteiligen können. Veranstalter der Messe ist die Agentur GetPeople, Kooperationspartner sind u. a. der BUND NRW, Brot für die Welt, der Evangelische Kirchenkreis Gütersloh und die Fairtrade-Stadt Bielefeld.

➔ Interessenten für den Bildungsmarkt können sich an Jessica Lux wenden:
Mail jl@get-people.de
Telefon 05222/36 90 40
➔ Informationen zur Messe unter www.get-people.de

Impressum

Ausgabe September 2014 | ISSN 2196-9507



Kaiser-Friedrich-Straße 13, 53113 Bonn
Telefon 0228.24 33 50, Fax 0228.24 33 522
info@sue-nrw.de
www.sue-nrw.de

V.i.S.d.P. Eberhard Neugebohrn
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Auffassung der Stiftung wieder.
Redaktion: Bernd Pieper, Christel Schwiederski
Gestaltung: art_work_buero, Köln
Druck: Druckerei Gebr. Molberg GmbH, Bonn

Die nächsten „Resultate“ erscheinen im Dezember 2014. Auf Wunsch verschicken wir den Rundbrief auch per E-Mail als PDF-Datei. Bitte schicken Sie dazu – oder auch bei einer Abbestellung – eine E-Mail an info@sue-nrw.de